

# Die Gesetzestreuen besiegen Trickser

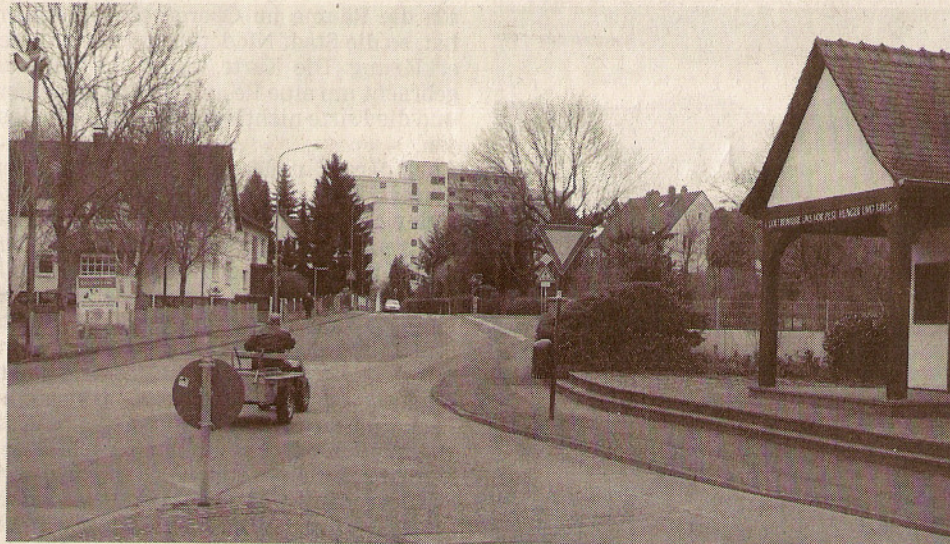
Anlieger der Eppsteinstraße protestieren vergeblich – Parlament stimmt für finanzielle Beteiligung

Hanau-Steinheim. Grummelnd und mit wenig liebenswürdigen Kommentaren verließen rund 30 Anlieger der Eppsteinstraße frustriert den Ort ihrer großen Niederlage. Transparente und der vergebliche Versuch, das Rederecht im Parlament zu erhalten, nützten nichts. 31 Stadtverordnete votierten für die Sanierung der Eppsteinstraße und die Pflicht der Anlieger, sich finanziell an der Erneuerung beteiligen zu müssen. Es gab 22 Neinstimmen und eine Enthaltung.

Genau das hatten die Steinheimer Anlieger mit ihrem Besuch der Stadtverordnetenversammlung zu verhindern versucht. Sie wollten von den „Straßen-Räubern“ „nicht abgezockt“ werden. Erst einmal benötigten die Mitglieder der Protest-Delegation reichlich Sitzfleisch. Denn bis ihr Tagesordnungspunkt an die Reihe kam, dauerte es rund drei Stunden. Anstatt den für die Bürger wichtigen Punkt ganz nach vorne auf die Tagesordnung zu nehmen, wurde er sogar nach hinten durchgereicht, da er zunächst unter der Rubrik „Anträge ohne Beratung“ stand. Angesichts der geballten Bürgerpräsenz im Saal wäre jedoch ein kommentarloses Abstimmen ein Affront gewesen. So landete der so heiß herbeigesehnte Debattenpunkt unter dem Punkt „Vorlagen mit Beratung“.

CDU-Fraktionsvorsitzender Franz Ott sorgte mit seiner Forderung nach namentlicher Abstimmung noch für eine gewisse Pikanterie. Er hatte wohl im Hinterkopf, dass damit der eine oder andere Umfaller ausgemacht werden könne, der im Jahr 2000 für die Straßenbeitragssatzung gestimmt habe, nun aber nichts mehr davon wissen wolle. Otts Wunsch nach namentlicher Abstimmung fand eine Mehrheit, doch zuvor gab es eine leidenschaftliche Debatte mit einem unschönen Finale.

Auf emporgereckte Transparente reagierte Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Scheuermann (CDU) allergisch. Nachdem die Aufforderung des ersten Mannes der Stadt nicht sofort beachtet wurde, die „Spielregeln des Hauses“ einzuhalten und die politischen Willensbekundungen zu unterlassen, drohte er prompt, von seinem



Sanierungsbedürftige Asphaltpiste: Die Stadtverordneten haben sich mehrheitlich für die Erneuerung der Eppsteinstraße ausgesprochen. Die Anwohner sollen zur Kasse gebeten werden. Rechts im Bild die Pestkapelle. Foto: Paul

Hausrecht Gebrauch zu machen. Die polternde Frage eines aufgebrachtsten Steinheimers „Dürfen wir auch einmal etwas sagen?“ war für Scheuermann Anlass, diese nicht nur zu verneinen, sondern auch darauf hinzuweisen, dass Redebeiträge von Zuschauern im Parlament nicht statthaft seien. Es gab eine Lehrstunde in Sachen parlamentarischer Demokratie, in der allein die gewählten Volksvertreter debattierten und entschieden. So waren die Besucher der Stadtverordnetenversammlung nicht nur vom langen Warten zermürbt, sondern auch klüger, dass es hierzulande halt keine Basisdemokratie gibt. Ronald Battenhausen (SPD), Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses, schilderte im Bericht über die Beratungen im Ausschuss, dass es sich um „eine in die Jahre gekommene Vorlage aus dem Jahr 2000“ handelt. Der Haupt- und Finanzausschuss habe sich in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bauausschuss auf eine absehbare Variante für die Eppsteinstraße geeinigt und den Bau eines kleineren Kreisverkehrs vorgeschlagen, um die finanziellen Belastungen für die Anlieger zu

verringern. „Man sollte gegen den Willen der Bürger die Satzung nicht anwenden. Deshalb lehnt die CDU die Vorlage zur grundlegenden Erneuerung der Eppsteinstraße ab“, sagte Franz Ott. Die Straßenbeitragssatzung sei zwar schon verschiedentlich in Hanau angewendet worden. Die Anlieger der Hospital- und Nordstraße seien beispielsweise einverstanden gewesen, Geld zu bezahlen für Verbesserung der Situation vor ihren Häusern und Geschäften. Nun gebe es aber eine Reihe von konfliktträchtigen Straßensanierungsprojekten, die in den Schubladen schlummeren. Ott nannte unter anderem die Lilienstraße in Klein-Auheim und die Spessartstraße in Großauheim. Bekanntlich seien dort zahlreiche Anlieger bereits auf die Barrikaden gegangen, als derartige Pläne vor einigen Jahren publik wurden. Ott empfahl, den Willen der Bürger zu respektieren. Statt einer grundlegenden Erneuerung könnte man sich darauf verständigen, lediglich eine Instandhaltung der Straße in Angriff zu nehmen, für die keine finanzielle Beteiligung der Anlieger vorgesehen sei. Battenhausen warf Ott vor, sich

aus der Verantwortung stehlen zu wollen und populistisch zu reden. Die Straßenbeitragssatzung habe Gesetzesrang und könne nicht einfach ignoriert werden. „Wir waren uns stets im Klaren, dass die betroffenen Anlieger nicht in Jubel verfallen waren, als sie zum ersten Mal von den Plänen erfuhren“, so das SPD-Fraktionsmitglied. „Wir sind generell gegen Straßenbeiträge. Das Geld, das für die Bodenbefestigung des Amphitheaters ausgegeben worden ist, hätte man lieber für die Eppsteinstraße verwenden sollen“, meinte Jochen Dohn, Vorsitzender der Fraktion Die Linke.

Bert-Rüdiger Förster (Republikaner) fände es angesichts der sich abzeichnenden guten Haushaltslage, wonach es laut OB eine „schwarze Null“ im Etat gebe, nicht unverschämte, die Satzung zu ändern und damit die Bürger zu entlasten. Auch die Idee, das Projekt als Instandhaltung umzufirmieren, sei nachdenkenswert. Försters Vorschlag, das Thema nochmals in den Ausschuss zu verweisen, fand keine Mehrheit. Vergeblich wies Gernot Gesser (fraktionslos) auf seinen bereits im Ortsbeirat Steinheim unterbreiteten und dort abgelehnten Vorschlag hin, die Eppsteinstraße zur überörtlichen Durchgangsstraße aufzuwerten. Mit diesem Trick könnte die Beteiligung der Anwohner auf zehn Prozent reduziert werden, wenn die Straße grundlegend erneuert werde. Im Ortsbeirat gab es dafür keine Mehrheit, weil es nur eine überörtliche Durchgangsstraße geben kann. Diesen Charakter hat bereits die Ludwigstraße.

Thomas Morlock (FDP) verteidigte im Parlament das geplante Vorgehen der Stadt Hanau. Er wies darauf hin, dass sowieso schon die Kosten für die Anlieger reduziert worden seien. Wie berichtet, sollen die Anlieger statt 256 000 Euro nur noch 121 000 Euro bezahlen. Der FDP-Fraktionsvorsitzende wies darauf hin, dass in Hanau die Anlieger sowieso schon weniger auf den Tisch legten als laut Gesetz üblich. „Es wäre unfair, wenn die Steinheimer jetzt nicht bezahlen, die Leute in der Cornicelstraße aber dagegen zur Kasse gebeten worden sind“, so FDP-Abgeordneter Morlock. Torsten Kleine-Rüschkamp (HA)